

> STAND.PUNKT

SchaLL.NRW zur TV-L-Runde 2026: **Wie lange noch wollen TdL und Gewerkschaften sich dem „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ für über 350.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte widersetzen?**

Essen, 16.02.2026

SchaLL.NRW kritisiert das enttäuschende Ergebnis als „Verhandlungstheater“ und fordert ein Aussetzen der 1:1-Übertragung auf die Beamtenbesoldung bei Lehrkräften.

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind abgeschlossen – und das Ergebnis enttäuscht die 351.600 tarifbeschäftigten Lehrkräfte in Deutschland sehr. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die Gewerkschaften ver.di, dbb beamtenbund und tarifunion sowie die GEW einigten sich auf magere 5,8 Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten: 2,8 Prozent ab 4/2026, 2,0 Prozent ab 3/2027 und 1,00 Prozent ab 1/2028. Was nach Kompromiss klingt, ist in Wahrheit eine Kapitulation vor der Forderung nach „gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“

SchaLL.NRW nennt dieses Ergebnis eine fortgesetzte Diskriminierung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte. Einmal mehr haben es die Gewerkschaften nicht geschafft, mit den Tarifergebnissen die Netto-Einkommensdiskriminierung nach Jahrzehnten zu beenden.

Der systematische Fehler: Nettolohn-Diskriminierung wird totgeschwiegen

Das eigentliche Versagen liegt tiefer. Schon vor den Verhandlungen 2025 während der Forderungsfindung wurde von den Gewerkschaften versäumt, die fundamentale Nettolohn-Diskriminierung zwischen tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft im Lehrzimmer – mit einer Einkommenslücke von bis zu 1.000 Euro netto monatlich. Über das Erwerbsleben summiert sich das zwischen 500.000 Euro bis zu 1.000.000 Euro netto auf Lebenszeit mit Berücksichtigung des an die Beamt:innen gezahlten Familienzuschlags – dieses Problem wurde nicht einmal angesprochen. [3]

> STAND.PUNKT

Diese Realitätsverweigerung ist systematisch. Obwohl der Verfassungsgrundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in einigen Bundesländern sogar in der Landesverfassung verankert ist (siehe Art. 24 Abs. 2 in NRW), ducken sich die Gewerkschaften weg [3]. Stattdessen inszenieren sie ein Streik- und Verhandlungstheater, das immer durchschaubarer wird.

Die 1:1-Übertragung verstärkt die Ungerechtigkeit. Mit dem aktuellen Abschluss wird die Nettolohn-Diskriminierung nicht nur fortgesetzt, sie wird vergrößert. Wie erwartet, werden die Tarifiergebnisse 1:1 auf die Beamtenbesoldung übertragen. Darüber hinaus wachsen auch die Familienzuschläge – ein Privileg, das tarifbeschäftigten Lehrkräften wie auch allen anderen Angestellten im gesamten öffentlichen Dienst (Bund, Land, Kommune) komplett verwehrt wird.

Die politische Arithmetik ist durchsichtig. Ministerpräsident Hendrik Wüst kündigte für das Land Nordrhein-Westfalen – mit mehr als 200.000 Lehrkräften, davon mehr als 50.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte – bereits im Vorfeld der Verhandlungen die 1:1-Übertragung an. [6][7] Die Logik liegt auf der Hand: 2027 steht die Landtagswahl an, Wüst möchte sich in seiner zweiten Amtszeit bestätigt sehen. Da mag ein Plus von 0,0 Prozent bei Besoldung und Familienzuschlägen die Beamt:innen motivieren, die CDU im Amt zu bestätigen. Tarifpolitik wird so zum vorgezogenen Wahlkampfgeschenk auf dem Rücken der tarifbeschäftigten Lehrkräfte.

Die absurde Logik des Streikens für die eigene Benachteiligung

Schall.NRW stellt eine wichtige Frage: Warum streiken Tarifbeschäftigte eigentlich noch, wenn sie damit ihre eigene Benachteiligung zementieren? Die Mechanik ist perfide: Angestellte Lehrkräfte streiken für Gehaltserhöhungen. Sie tragen die finanzielle Last der Arbeitsniederlegung, den Unterrichtsausfall, die öffentliche Kritik. Am Ende erkämpfen sie ein Tarifiergebnis – und dieses Ergebnis wird dann 1:1 auf die Beamtenbesoldung übertragen. Die verbeamteten Kolleg:innen profitieren ohne jedes Risiko, ohne jede Einschränkung. Mehr noch: Sie erhalten zusätzlich die Erhöhungen beim Familienzuschlag, ein Teil des damaligen Ortszuschlags im Bundesangestelltentarif BAT, der den Tarifbeschäftigten seit Abschaffung des BAT verwehrt bleiben.

Das Ergebnis jeder Tarifrunde ist also eine Vergrößerung der Einkommensunterschiede. Geld kann man nur einmal ausgeben. Wenn die Haushaltsmittel

> STAND.PUNKT

auf alle rund 1 Million Lehrkräfte in Deutschland verteilt werden – statt gezielt die 351.600 Benachteiligten zu stärken – wird die Ungerechtigkeit von Runde zu Runde größer. [3]

SchaLL-Forderung:

Aussetzen der 1:1-Übertragung aus Solidarität

SchaLL.NRW hatte bereits im Vorfeld der Verhandlungen einen konkreten Vorschlag vorgelegt: Die 1:1-Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung auszusetzen, um die Nettolohnlücke zwischen angestellten und beamteten Lehrkräften zu schließen. [3][12] Ein solidarisches Sonderopfer der verbeamteten Kolleg:innen für diese und gegebenenfalls noch eine weitere Tarifrunde.

Die Argumente dafür sind klar:

Verfassungsrechtlich geboten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur Verfassungsgrundsatz, sondern in einigen Ländern explizit in der Landesverfassung festgeschrieben. [3]

Finanziell geboten: Die öffentlichen Kassen stehen unter enormem Druck. Wie sollen Besoldung und vor allem die steigenden Pensionskosten der Staatsdiener:innen in Zukunft noch finanziert werden? Die Auseinandersetzung über diese Frage ist in vollem Gang – von Linnemann über die Wirtschaftsweisen bis hin zu Länderinitiativen. [8][10]

Sozial geboten: Seit Jahrzehnten leisten angestellte Lehrkräfte ein milliarden-schweres Sonderopfer. Die verbeamteten Kolleg:innen haben über Jahre von den streikenden Tarifbeschäftigten profitiert. Nun wäre es fair, diese Solidarität zu erwidern. [12]

Strategisch geboten: Erst wenn die Nettolohndifferenz für alle 351.600 tarifbeschäftigten Lehrkräfte bundesweit beendet ist, können beide Statusgruppen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpfen. [12]

> STAND.PUNKT

Zentrale Forderungen von SchaLL.NRW

SchaLL.NRW bekräftigt seine Kernforderungen zur Beendigung der Nettolohn-Diskriminierung:

1. Erhöhung des Bruttolohns um 33 Prozent, mindestens jedoch 1.600 Euro monatlich für alle 351.600 tarifbeschäftigten Lehrkräfte in Deutschland, um die finanzielle Benachteiligung gegenüber verbeamteten Kolleg:innen auszugleichen.
2. Einführung des Familienzuschlags für alle Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Familienzuschlag (früher Teil des Ortszuschlags) wird bislang ausschließlich Beamt:innen gewährt und trägt erheblich zur Einkommenslücke bei. Diese Diskriminierung muss sofort beendet werden
3. Erhöhung des Bruttolohns um 33 Prozent, mindestens jedoch 1.200 Euro monatlich für MPT-Kräfte und in der Schulsozialarbeit.
Auch die Tarifbeschäftigten im multiprofessionellen Team (MPT) und die Schulsozialarbeit sind von finanzieller Benachteiligung betroffen und müssen deutlich besser bezahlt werden
4. Aussetzen der 1:1-Übertragung auf die Besoldung der Lehrkräfte bis zum Ende der Nettolohn-Diskriminierung.
Die automatische Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung muss so lange ausgesetzt werden, bis die Nettolohn-Differenz vollständig beseitigt ist. Solidarität ist keine Einbahnstraße!
5. Verfassungskonforme Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
Die Gewerkschaften müssen die Nettolohn-Diskriminierung zum zentralen Verhandlungsgegenstand machen. Die Tarifgemeinschaft der Länder muss sich klar zum Ziel eines gleichgestellten Netto-Entgelts für beide Statusgruppen bekennen.

> STAND.PUNKT

Fazit: Systemwechsel statt Verhandlungstheater

Der TV-L-Abschluss 2026 ist keine Lösung, sondern Teil des Problems. Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte – die größte Gruppierung bei den Landesbeschäftigten – werden erneut im Stich gelassen – von ihren Gewerkschaften, von den Arbeitgebern, von der Politik.

SchaLL.NRW fordert einen grundlegenden Systemwechsel:

Ende des Verhandlungstheaters: Die Gewerkschaften müssen endlich den Mut aufbringen, die Nettolohn-Diskriminierung zum Verhandlungsgegenstand zu machen – notfalls durch einen unbefristeten Streik bis zur Erfüllung dieser verfassungsrechtlich gebotenen Forderung.

Ende der 1:1-Übertragung: Die Landesregierungen müssen die automatische Übertragung auf die Beamtenbesoldung der Lehrkräfte aussetzen, bis die Einkommenslücke geschlossen ist. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Verfassungskonformität.

Der Lehrkräfteverband SchaLL.NRW kämpft seit 25 Jahren für „Gleichen (Netto-) Lohn für gleiche Arbeit“ der inzwischen mehr als 350.000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland. Wir werden nicht aufhören, dieses verfassungsrechtlich gebotene Ziel zu verfolgen – auch wenn Gewerkschaften und Politik weiterhin versagen.

Wer Gerechtigkeit ernst nimmt, muss die Schieflage korrigieren und nicht bereits im Vorfeld laufender Tarifverhandlungen die 1:1-Übertragung der Tarifergebnisse zementieren. Die verbeamteten Kolleg:innen haben über Jahre von den streikenden Tarifbeschäftigten profitiert – nun wäre es fair zugunsten der benachteiligten Lehrkräfte, die 1:1-Übertragung auszusetzen. Erst wenn in ganz Deutschland für alle 351.600 tarifbeschäftigten Lehrkräfte das Ende der Nettolohndifferenz durchgesetzt ist, können beide Statusgruppen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entgelte eintreten. Solange die Übertragung der Tarifergebnisse 1:1 auf die Besoldung zementiert ist, wird die ungerechte Einkommenslücke immer größer.

Stefan Nierfeld
Vorsitzender
Kontakt 0177 8085454
E-Mail: stefan.nierfeld@schall-nrw.de

Podcast zur Tarifrunde: www.3x7.de/schallwelle-03

> STAND.PUNKT

Quellenverzeichnis

- [1] Öffentlichen-dienst.de. (2025). TVöD Tarifrunde 2025: Tarifeinigung mit 5,8 % Gehaltsplus. <https://www.oeffentlichen-dienst.de/tarifrunden/2025.html>
- [2] Haufe.de. (2025, August 10). TVöD Tarifrunde 2025 aktueller Stand. https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/personal-tarifrecht/tvoed-tarifrunde-2025-aktueller-stand_144_623026.html
- [3] SchaLL.NRW. (2026). Informationsflyer TV-L 2026: Einkommenslücke im Lehrerzimmer endlich schließen.
- [4] Süddeutsche Zeitung. (2022, Februar 1). Gewerkschaften verlieren Mitglieder - die Ursachen. <https://www.sueddeutsche.de/politik/gewerkschaften-mitglieder-schwund-1.5519717>
- [5] IW Köln. (2024, April 8). Gewerkschaften: Der Grund für den Mitgliederschwund. <https://www.iwd.de/artikel/gewerkschaften-der-grund-fuer-den-mitglieder-schwund-617113/>
- [6] News4teachers.de. (2026, Januar 10). Wüst kündigt vollständige Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte an. <https://www.news4teachers.de/2026/01/11-wuest-kue-ndigt-vollstaendige-uebernahme-des-tarifergebnisses-auf-beamte-an/>
- [7] Land NRW. (2023, Dezember 12). Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder: Tarifergebnis wird in Nordrhein-Westfalen 1:1 auf den Beamtenbereich übertragen. <https://www.land.nrw/pressemitteilung/tarifverhandlungen-fuer-den-oeffentlichen-dienst-der-laender-tarifergebnis-wird>
- [8] News4teachers.de. (2025, September 1). CDU-General Linnemann legt nach – assistiert von Wirtschaftsweisem: Lehrkräfte sollen nicht mehr verbeamtet werden. <https://www.news4teachers.de/2025/08/cdu-general-linnemann-legt-nach>
- [9] RTL.de. (2025, August 31). Carsten Linnemann (CDU) will Beamtentum einschränken - Lehrer nicht mehr verbeamtet? <https://www.rtl.de/news/carsten-linnemann-cdu-will-beamtentum-einschraenken-lehrer-nicht-mehr-verbeamten-id6647265.html>
- [10] Morgenpost. (2026, Januar 22). Sachsen will Verbeamtung von Lehrern in ganz Deutschland abschaffen. <https://www.morgenpost.de/politik/article411005879/sachsen-will-verbeamtung-von-lehrern-in-ganz-deutschland-abschaffen.html>
- [11] SWR. (2026, Februar 5). Kein Beamtenstatus für Lehrer? Kretschmann für Aussage kritisiert. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/lehrer-verbeamtung-debatte-kretschmann-100.html>
- [12] SchaLL.NRW. (2026, Januar 17). Presseinformation: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit - Einkommenslücke im Lehrerzimmer schließen – Aussetzen der 1:1-Übertragung auf Besoldung.
- [13] DBB NRW. (2026, Januar 12). Für einen starken Staat - krisenfest und bürgernah: Ministerpräsident Wüst kündigt 1:1-Übertragung für NRW an. <https://www.dbb-nrw.de/aktuelles/news/fuer-einen-starken-staat-krisenfest-und-buergernah/>